

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 9 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 7.10.2009

Zu viel gezahlt?

S. 3

Ob die Städte und Gemeinden zu hohe Lasten an der Deutschen Einheit tragen müssen, war Gegenstand einer Auseinandersetzung im Plenum. Gutachten kommen zu verschiedenen Ergebnissen.

Zu laut gelacht?

S. 5

Kinderlachen ist kein Lärm, darin sind sich alle Landtagsfraktionen einig. Was allerdings Kinder brauchen und Erwachsene tun sollen, darin bestand nicht nur Einigkeit im Landesparlament.

Zu wenig gespart?

S. 7-11

Wofür soll 2010 das Geld ausgegeben werden? Neben dieser Frage über den 53,3 Milliarden Euro schweren Haushaltsplan stand die Bewertung der Regierungsarbeit im Zentrum der Debatte.

Zu kurz gesprungen?

S. 13

Manche Kommunen gelangen wegen ihrer Schulden an den Rand der Handlungsfähigkeit. Nun ist die Frage, ob eine Schuldenbremse helfen kann. Fachleute sind unterschiedlicher Meinung.

Haushaltsplan 2010



Rund ums Geld:

Der Etat fürs nächste Jahr

Nordrhein-Westfalen

Quadratur des Kreises

Schulden macht niemand gern. Lieber aus dem Vollen schöpfen. Oder – noch besser – ein Guthaben anlegen können. Aber Schulden? Sie stehen für Geldsorgen, Zahlungsrückstand, Verpflichtung. Deshalb – so betonten Redner im Landtag bei der Diskussion über den kommenden Haushalt – will man daran arbeiten, dass sie abgebaut, wenn möglich ab einem bestimmten Zeitpunkt ganz vermieden werden. Um zukünftigen Generationen nicht die Lasten von heute aufzubürden. „Schuldenbremse“ heißt hier das Zauberwort. Sie soll, so hat die Große Koalition bundesweit vereinbart, in NRW mit Verfassungsrang verankert und ab 2011 schrittweise umgesetzt werden. Ab 2020 sollen die Bundesländer ganz auf Schulden verzichten, es sei denn, die wirtschaftliche Lage lasse gar nichts anderes zu.

Im Augenblick, 2009, scheint genau dieser Fall gegeben. Vor gut einem Jahr brachen in New York die Lehman-Bank und viele Knabenmorgenblütenträume der internationalen Finanzspekulanten zusammen. Die Auswirkungen sind noch heute zu spüren, bis in den kleinsten Winkel der Erde. Aufträge brachen weg, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten in Kurzarbeit, wenn nicht in die Arbeitslosigkeit. Eine Folge: ein deutlicher Rückgang der Steuereinnahmen. Gift für angespannte Haushalte auch von Land, Kreisen und Kommunen. Nun gilt es also, die berühmte Quadratur des Kreises zu finden: gleichzeitig zu konsolidieren, den Einnahmeverlust auszugleichen, aber auch in wichtigen, zukunftssträchtigen Themenfeldern

neue Impulse zu setzen. Parteiübergreifend werden hier die Themen Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz genannt.

SCHULDEN MACHEN WOFÜR?

Die Debatte über den Haushalt ist eine gute Gelegenheit, die unterschiedlichen Ansätze von Regierung und Opposition in diesen und anderen Politikfeldern auf den Prüfstand zu stellen. Im politischen Streit über Grundsätzliches wie über Einzelheiten schärfen sich parteipolitische Profile, die Bürgerinnen und Bürger können ersehen, wer wie mit ihrem Geld umgehen will. Die Haushaltsdebatte macht politische Standpunkte und Grundansätze deutlich.

Gleichzeitig zeigt sie die Bedeutung des Parlamentarismus: Das Recht frei gewählter Volksvertreterinnen und -vertreter, über die Verwendung von Einnahmen zu entscheiden, dokumentiert wie wenige andere Momente die Kontrolle der ausführenden Gewalt (der Regierung) durch die gesetzgebende Gewalt (das Parlament).

Der Landtag NRW hat bei der Einbringung des Haushalts 2010 die Chance auf eine Generaldebatte genutzt. Auch deswegen ist dies Schwerpunktthema der Ihnen vorliegenden Ausgabe von Landtag Intern. *cw*



Schwerpunkt: Haushalt 2010

Finanzbilanz und politische Abrechnung	7
Schlag auf Schlag	10-11
Auf die Bremse treten	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Einheitslasten: Schuldet das Land den Kommunen Geld?	3
Kommunalwahl: „Nicht vom Himmel gefallen“	4
Generationen: Kinderlärm ist Zukunftsmusik	5
Rathäuser: Entscheiden in der „Villa Kunterbunt“ ..	6

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	14
Wohnungsbau: Gefördert oder gefährdet?	15
Landwirtschaft: Die Milch machen	18

Gesetzgebung	12
--------------------	----

Aus den Fraktionen	16-17
--------------------------	-------

Porträt: Wolfgang Röken (SPD)	19
--	----

Impressum	19
-----------------	----

Termine	20
---------------	----

Schuldet das Land den Kommunen Geld?

Aktuelle Stunde über zuviel gezahlte Solidarbeiträge der Kommunen

10. September 2009 – Grüne und SPD sind überzeugt davon, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen Anspruch auf Rückzahlung zuviel gezahlter Beiträge im Rahmen des Solidarpakts haben (Drs. 14/9799 und 14/9800). Im Rahmen einer Aktuellen Stunde kritisierten die beiden Fraktionen, die Landesregierung belaste die kommunalen Kassen. Sie verwiesen auf aktuelle Gutachten, die bestätigten, dass die hiesigen Städte und Gemeinden mehr für die Einheit aufgewendet hätten als nötig und dass das Land diese Mittel zeitnah zurückzahlen müsse, wie es der Verfassungsgerichtshof Münster bereits 2007 entschieden habe. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP gaben sich gelassen: Man sei in guten Gesprächen mit den Kommunen.

Als „größte kommunale Finanzkrise in der Geschichte des Landes“ bezeichnete **Horst Becker** (Grüne) die Situation in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Diese habe auch damit zu tun, dass die Landesregierung den Kommunen „in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen massiv in die Tasche gegriffen hat“. Zudem habe das Gericht dem Land aufgetragen, den Kommunen die zuviel gezahlten Beiträge des Solidarpakts bis spätestens Ende 2008 zurückzahlen. Dies sei bisher nur teilweise geschehen und müsse endlich vervollständigt werden. Für die Jahre 2006 bis 2008 summiere sich dies auf mindestens 750 bis 800 Millionen Euro. Der Betrag müsse teils über einen Nachtragshaushalt, teils über Anpassungen im Haushaltsentwurf 2010 zur Verfügung gestellt werden.

Hans-Willi Körfges (SPD) erinnerte an den Koalitionsvertrag von CDU und FDP, nach dem „die Rückgewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit die Voraussetzung für die Existenz der kommunalen Selbstverwaltung“ sei. Daraus schlussfolgerte er: „Am Ende steht das gebrochene Wort.“ Auch er warf der Landesregierung vor, sich bei den Kommunen „ungehört bedient“ zu haben, etwa bei der Grunderwerbssteuer, dem Landesjugendplan, der Schülerbeförderung, der Krankenhausfinanzierung und bei Kindergartengebühren. Die Kommunen stünden nun vor dem finanziellen Kollaps. Das Gericht habe eine Überzahlung der Kommunen bei den Kosten der Einheit festgestellt, ein anderslautendes Gutachten der Landesregierung sei widerlegt.

Die Frage sei, wie hoch der Anteil der Kommunen an den Lasten der deutschen Einheit tatsächlich sei, erklärte **Bodo Löttgen** (CDU). Dazu stünden Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden an, aus denen sich auch mögliche Rückzahlungen ergäben. Alle vorliegenden Gutachten bestätigten, dass eine exakte Abrechnung kaum möglich sei, deshalb habe die Regierung eine Rückzahlung für 2006 bis 2008 direkt erledigt. Löttgen betonte, dass die Landesregierung eine bis zum

Ende des Solidarpakts 2019 tragfähige Lösung suche und diese nicht gegen, sondern mit den Kommunen vereinbaren wolle. Es werde der Opposition nicht gelingen, die Koalition als kommunalfeindlich darzustellen, prophezeite er und verwies auf hohe Zuweisungen an die Kommunen im Gemeindefinanzierungsgesetz.

Die Anträge der Opposition gingen an der Sache vorbei, meinte **Horst Engel** (FDP). Auch er sagte, entscheidend seien die tatsächlichen Lasten. Dazu lägen nun mehrere Gutachten vor, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kämen, aus einem ergebe sich sogar überhaupt keine Rückzahlungspflicht. Jedoch ein einzelnes Gutachten auszuwählen und für das einzig richtige zu erklären, hielt er für anmaßend. Auch Engel verwies auf die anstehenden Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, bei denen die Gutachten bewertet werden sollten. Engel sah beide Seiten in der Pflicht. Noch in diesem Jahr werde die Koalition ein Abrechnungsgesetz für die Jahre 2006 und 2007 vorlegen, das weitere Rückzahlungen beinhalte. Damit sei man auch im Zeitrahmen, den das Gericht gefordert habe.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) plädierte für eine sachliche Debatte. Er rechnete vor, dass sich die Kommunen mit Kassenkrediten von 1995 bis 2008 weiter verschuldet hätten, während die Kommunen ohne Kassenkredite ihre Schulden in der Summe hätten verringern können. Das Bild, das die Opposition zeichne, treffe also nur auf ganz bestimmte Kommunen zu. Die Regierung habe den Kommunen im letzten Jahr mit 27,1 Prozent an den Gesamtausgaben des Landes anteilig mehr gezahlt, als je in die kommunale Szene geflossen sei. Zudem seien die Steuereinnahmen der Kommunen in den letzten Jahren explodiert. „Wir sind in sehr guten Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden“, gab der Finanzminister sich zuversichtlich, und das Verhandlungsergebnis werde irgendwo zwischen den Gutachteregebnissen liegen.

sow

Foto: Schälte

„Nicht vom Himmel gefallen“

Nach Bekanntwerden des Dortmunder Haushaltslochs: Regierungsfractionen fordern Neuwahlen, die Opposition wehrt ab

11. September 2009 – Das Dortmunder Haushaltsloch, am Tag nach der Kommunalwahl durch die sozialdemokratisch geführte Stadtspitze verkündet, erregte im Landtag Nordrhein-Westfalen die Gemüter. Die Regierungsfractionen von CDU und FDP hatten den Vorfall zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. Sie sahen die Dortmunder Wählerinnen und Wähler durch die Stadtspitze getäuscht und forderten Neuwahlen, da die tatsächliche Haushaltssituation vor der Wahl am 30. August verschwiegen worden sei. Die SPD-Fraktion im Landtag dagegen warf den Regierungsfractionen vor, die Dortmunder Situation aus parteipolitischen Gründen dramatisieren zu wollen.

„Eine Haushaltssperre fällt nicht vom Himmel“, meinte **Oliver Wittke** (CDU) im Plenum. Daher sei es „billig, unglaublich und gelogen“, wenn der neu gewählte Dortmunder Oberbürgermeister und bisherige Stadtdirektor Ullrich Sierau vor den Kommunalwahlen am 30. Au-

dem Wählervotum stellen. Zudem müsse sich auch die SPD auf Landes- und Bundesebene mit der Dortmunder Situation auseinandersetzen. **Lindner** erkannte im Rückblick auf die Mehrwertsteuer-Debatte vor der Bundestagswahl 2005 und die Koalitionsaussagen vor

weil CDU und FDP einen „Raubzug durch die kommunalen Kassen“ angetreten hätten. „Der Brandstifter ruft hier nach der Feuerwehr“, sagte **Jäger**.

Einen „in der Tat ernstesten Vorgang“ nannte **Horst Becker** (Grüne) die Ereignisse in Dortmund nach der Kommunalwahl. Das Verhalten der Stadtspitze unter dem bisherigen SPD-Oberbürgermeister **Gerhard Langemeyer** sei „fragwürdig und kritikwürdig“. Als Folge sei generell zu überlegen, wie den Stadtparlamenten in Nordrhein-Westfalen mehr Kontrollrechte gegenüber den Stadtverwaltungen eingeräumt werden könnten, regte **Becker** an und forderte beispielsweise, den Fraktionen in den Städten Einsicht in entsprechende Verwaltungsprotokolle zu gewähren. CDU und FDP im Landtag allerdings hätten kein Recht, Neuwahlen für



Fotos: Schälte

Oliver Wittke (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Ralf Jäger (SPD)

Horst Becker (Grüne)

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

gust nichts vom Finanzloch in der Stadtkasse gewusst haben wolle. „Wenn Herr Sierau nur einen Funken Anstand besitzt, begibt er sich nicht ins Amt des Oberbürgermeisters, das er unter Vortäuschung falscher Tatsachen errungen hat“, sagte **Wittke**. Der Christdemokrat forderte die Dortmunder Sozialdemokraten außerdem auf, sich bei den Menschen in der Stadt zu entschuldigen. Durch das Verschweigen der tatsächlichen Haushaltssituation hätten sie der Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt einen Bärendienst geleistet, so **Wittke**.

„Sie haben sich den Wahlsieg in Dortmund erschwindelt, ertäuscht und ergaunert“, hielt **Christian Lindner** (FDP) den Sozialdemokraten vor. Für seine Fraktion forderte er, die Kommunalwahl dort zu wiederholen. Der designierte Oberbürgermeister Sierau habe vor dem Hintergrund der Vorfälle keine demokratische Legitimität und müsse sich erneut

der Landtagswahl 2008 in Hessen eine „direkte Linie“ von Wahllügen bei der SPD. Die Partei müsse daher die Probleme bei sich selbst suchen, wenn sie sich nach Gründen für Wahlniederlagen frage, so sein Fazit.

„Wir alle betrachten die Situation aus großer Ferne“, erklärte **Ralf Jäger** (SPD) zur Kritik der Regierungsfractionen. Diese hätten nicht die notwendigen Einblicke in den Haushalt der Stadt Dortmund, um darüber Aussagen treffen zu können. Nach einem Kassensturz stehe fest, dass das Haushaltsloch weitaus kleiner sei, als von Schwarz-Gelb behauptet. CDU und FDP hätten sich respektlos gegenüber dem neu gewählten Oberbürgermeister verhalten, kontierte der Sozialdemokrat. Sie hätten sich als „schlechte Verlierer“ der Wahl erwiesen und „auf der Jagd nach Schlagzeilen einen Vorwurf formuliert“. Vielen Kommunen werde der Haushalt „um die Ohren fliegen“, auch

Dortmund zu fordern, da sie im Kontext zurückliegender Fehlritte und Skandale in den eigenen Reihen selbst im Glashaus säßen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) appellierte im Plenum an den neu gewählten Rat der Stadt Dortmund, „Aufklärungsarbeit zu leisten“. Er zeigte sich zuversichtlich, dass alle amtlichen Stellen diesen Auftrag ernst nehmen würden. Noch allerdings lägen keine abschließenden Erkenntnisse über den Dortmunder Sachverhalt vor, so dass eine entsprechend umfassende Bewertung noch nicht möglich sei, sagte der Innenminister. Auch bleibe abzuwarten, inwiefern die vorliegende Rechtsprechung zu kommunalen Neuwahlen auch Anwendung auf den Dortmunder Fall finde. Die Kommunalaufsicht und der Dortmunder Wahlprüfungsausschuss hätten ihre Arbeit bereits aufgenommen. Nun müsse sich zeigen, welche notwendigen Konsequenzen zu ziehen seien, erklärte **Wolf**. 517

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Alle Fraktionen sprechen sich für mehr Toleranz gegenüber Kinderlärm aus

Foto: Schälte

10. September 2009 – Kinder können laut sein, wenn sie lebhaft sind. Manche Menschen fühlen sich davon gestört und klagen vor Gericht gegen den Lärm. Unter Berufung auf das Lärmschutzrecht, das vor Straßen- oder Fluglärm schützen soll, urteilen Gerichte sehr unterschiedlich. Kinderlärm sei mit Industrie- oder Verkehrslärm aber nicht gleichzustellen, argumentieren CDU und FDP. Sie haben einen Antrag (Drs. 14/9768) in den Landtag eingebracht, der die Bundesregierung in einer entsprechenden Änderung des Lärmschutzrechts unterstützt. Das halten die Oppositionsfraktionen für richtig, fordern aber mehr eigenes Handeln der Landesregierung in dieser Frage.

Es werde Zeit, vom Kind aus zu denken, forderte **Walter Kern** (CDU). Dass die meisten Gesetze erwachsenenzentriert seien, müsse sich ändern. Kinder bräuchten Bewegung und Spiel und sollten nicht nur vor dem Computer, dem Fernseher oder der Spielkonsole sitzen. Natürlich müssten sie auch lernen, Rücksicht zu nehmen, wobei der CDU-Sprecher die Eltern in erzieherischer Verantwortung sah. Aber „Toleranz ist keine Einbahnstraße“, mahnte er die Erwachsenen. Die Landesregierung solle im Bundesrat initiativ an der Bundesgesetzgebung mitwirken, in NRW eine Akzeptanzinitiative starten, einen Leitfaden erarbeiten, um Konflikte in der Umgebung von Kindergärten lösen zu helfen, und mit einer landesweiten Veranstaltung für das Thema Kinderlärm sensibilisieren.

Christian Lindner (FDP) verwies auf den Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder, den die Landesregierung bereits vorangetrieben habe. Wer das Berufsfeld der Kinderbetreuung kenne, wisse, dass „wenn eine Gruppe von 25 kleinen Kindern einmal richtig aufdreht, das den Lärmpegel eines startenden Düsenjets erreichen kann“. Kinderlärm sei aber keine Geräuschemission, sondern Ausdruck von Spiel und Spaß, betonte Lindner. Mit dem Antrag wollten die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP eine Lanze dafür brechen, diese freudigen Äußerungen von Kindern auch in Wohngebieten wieder für alle erfahrbar zu machen. Nun gelte es, die rechtlichen Voraussetzungen dafür

zu schaffen, dass Kindertageseinrichtungen in Wohngebieten keine Ausnahme mehr seien.

Auch wenn sie in der Wertschätzung von Kinderlärm mit ihren Vorrednern übereinstimmte, übte **Stefanie Wiegand** (SPD) Kritik an dem Antrag von CDU und FDP. Bei Kinderlärm gehe es nicht nur um Betreuungseinrichtungen, Schulen und Spielplätze, sondern auch um Straßen, Garagenhöfe und Hausgärten. Kinderfreundliche Entfaltung habe Vorrang vor dem Ruhe- und Ordnungsbedürfnis von Erwachsenen. Trotzdem dürfe man bei aller Kinderliebe nicht vergessen, dass die Kleinen auch trotzig und ausdauernd Lärm produzieren könnten. Eltern müssten ihre Kinder zur Rücksichtnahme zur Mittagszeit und in den Abendstunden erziehen, meinte Wiegand. Man dürfe keine Einbahnstraßenregelungen treffen, der Antrag müsse deshalb in den Fachausschüssen noch überarbeitet werden.

Einen Teufelskreis beschrieb **Andrea Asch** (Grüne): Weniger Kontakt mit Kindern bedeute weniger Toleranz ihnen gegenüber. Eine wenig tolerante Gesellschaft führe wiederum zu weniger Geburten. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, gelte es, das Land auf allen Ebenen kinderfreundlicher zu machen. Dazu zählten die finanzielle Unterstützung der Eltern, eine ausreichende und gute Kinderbetreuung, Frei- und Grünflächen in den Städten, weniger Autos in den Innenstädten, verkehrsberuhigte Zonen

und ein Tempolimit. Sie forderte die Landesregierung auf, nicht nur im Bundesrat tätig zu werden, sondern auch im eigenen Land. Bayern etwa habe die Biergärten per Verordnung vom Bundeslärmschutzgesetz ausgenommen – dies könne NRW mit Kindertagesstätten tun.

Kinder bräuchten in Ballungsgebieten Entfaltungsräume, sagte auch **Familienminister Armin Laschet** (CDU). Angesichts unterschiedlicher Gerichtsurteile zum Kinderlärm müsse gesetzliche Klarheit her. Das im Bundestag beschlossene Gesetz befand er als uneingeschränkt richtig; Kindergärten sollten auch in reinen Wohngebieten zulässig sein. Die Landesregierung wolle gemeinsam mit den Landesjugendämtern, dem Kinderschutzbund und den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege prüfen, welche Maßnahmen zu mehr Akzeptanz für Kinderlärm führen könnten. Man habe die Wahl zwischen einer zunehmend ruhigeren Gesellschaft, aus der Kinder verdrängt würden, und einer lebendigen Gesellschaft mit Kinderlärm. „Wir votieren für das Zweite“, bekräftigte Laschet.

sow

Der Antrag (Drs. 14/9768) wurde an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration – federführend – überwiesen, mitberaten sollen die Ausschüsse für Bauen und Verkehr sowie für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Entscheiden in der „Villa Kunterbunt“

Nach den Kommunalwahlen: Opposition sorgt sich um Funktionsfähigkeit der Räte

Foto: Schälte



10. September 2009 – Eine „Gefahr für die kommunale Demokratie“ sieht die SPD in der von CDU und FDP geänderten Kommunalverfassung. Die Kommunalwahlen am 30. August hätten gezeigt, dass der Verzicht auf Stichwahl und Sperrklausel in Kombination mit niedriger Wahlbeteiligung die demokratische Legitimation untergrabe, schreibt die Fraktion in einem Antrag (Drs. 14/9765). Sie fordert die Wiedereinführung der Stichwahl, eine auch zukünftig gemeinsame Wahl von kommunalen Räten und Kreistagen mit der Wahl ins (Ober-)Bürgermeister- bzw. Landratsamt sowie eine „moderate Sperrklausel“ von 2,5 Prozent. Während sich die Grünen in weiten Teilen diesen Forderungen anschließen (Drs. 14/9809, 14/9810), lehnten CDU und FDP die Forderungen im Plenum ab.

Anhand zahlreicher Beispiele charakterisierte Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009. So seien zehn Fraktionen und Gruppierungen in den Duisburger Rat eingezogen. Diese Zersplitterung der Räte habe zur Folge, dass in der „Villa Kunterbunt“ die Ratsarbeit unter anderem durch längere Sitzungen und instabile Mehrheiten erschwert werde, meinte Bovermann. Er erwähnte außerdem das Beispiel der Stadt Wülfrath, wo eine Kandidatin mit den Stimmen von gerade einmal 15 Prozent aller Wahlberechtigten zur Bürgermeisterin gewählt worden sei. Die Wiedereinführung der Stichwahl sei notwendig, weil sie den Gewählten die erforderliche demokratische Legitimation garantiere, sagte der Abgeordnete. Die Änderungen in der Kommunalverfassung seien „Experimente aus parteitaktischen Motiven“.

„Die Zersplitterung der Räte als Folge des geänderten Kommunalwahlrechts auszumachen, ist mehr oder weniger ein Witz“, reagierte Rainer Lux (CDU) auf die Kritik der Opposition. Bisher liege ihm von keiner einzigen kommunalen Vertretung ein Hilfesuch an den Landtag vor – „nach dem Motto: Unsere Funktionsfähigkeit ist nicht mehr gegeben oder massiv gefährdet“. Außerdem sei zu unterscheiden zwischen dem, was politisch gewünscht, und dem, was verfassungsrechtlich möglich sei, betonte er. Sowohl

das Bundesverfassungsgericht, der Verfassungsgerichtshof NRW als auch der Staatsgerichtshof Bremen hätten deutlich gemacht, dass die Wiedereinführung einer Sperrklausel unzulässig wäre. Seine Antwort an SPD und Grüne: „Das, was Sie hier machen, ist ein Scheintheater.“

„Die ‚Villa Kunterbunt‘ ist nicht verfassungswidrig“, meinte Horst Engel (FDP) in Bezug auf die Vielzahl der Interessengruppen in den kommunalen Räten. Es sei scheinheilig von der SPD, die Abschaffung der Stichwahl als Verlust demokratischer Legitimation zu betrachten. So habe der Münsteraner Verfassungsgerichtshof im Mai 2009 bestätigt, dass „ein Wahlsystem ohne Stichwahl rechtstaatlichen und demokratischen Grundsätzen in jeglicher Hinsicht genügt“, betonte Engel. Ebenso sei eine Sperrklausel für die Räte abzulehnen, da sie durch einen zweiten Wahlgang binnen kürzester Zeit eher zur Wahlmüdigkeit verleite. „Auch die Kleinen tragen ihren Teil dazu bei, den Meinungspluralismus gerade in größeren Städten und Kreisen demokratisch korrekt abzubilden“, sagte der Liberale.

Als Verlust demokratischer Mitwirkungsmöglichkeit wertete Horst Becker (Grüne) den Wegfall der Stichwahl. Ebenfalls kritisch zu betrachten sei das zukünftige terminliche Auseinanderfallen der Wahlen von kommunalen Räten und

kommunalpolitischen Spitzenämtern, da es der Wahlbeteiligung schade. Zu überdenken sei außerdem das Fehlen einer Sperrklausel bei den Kommunalwahlen, erklärte Becker. Er forderte den Innenminister auf, nun „ordentlich zu untersuchen“, ob es durch die Vielzahl der Fraktionen und Interessengruppen in den Räten eine Funktionsstörung gebe. Um dem Landtag eine Arbeitsgrundlage für weitere Beratungen zum Thema zu schaffen, müsse die schwarz-gelbe Landesregierung in dieser Frage eine saubere wissenschaftliche Grundlage vorlegen.

„Juristisch gibt es keine Begründung dafür, dass eine Sperrklausel auch nur annähernd in Betracht kommen könnte“, meinte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) zu den Forderungen von SPD und Grünen. Auch die Forderungen nach Stichwahlen und gekoppelten Wahlterminen wies er zurück. SPD und Grüne müssten zur Kenntnis nehmen, „dass das, was wir in NRW machen, in allen Bundesländern seit Jahrzehnten Praxis ist“. Er wisse nicht, „warum bei uns nicht das gehen soll, was woanders auch geht“, sagte Wolf. Anstatt eine Sperrklausel einzuführen, sei es besser, „bei der Anzahl der Mandate in den entsprechenden Gremien anzusetzen“. Von der Möglichkeit, die Rats- oder Kreistagsmandate um sechs zu reduzieren, werde bislang jedoch nur sehr zögerlich Gebrauch gemacht. 517

Finanzbilanz und politische Abrechnung

1. Lesung des Haushalts 2010 gerät zur Generaldebatte

9. September 2009 – Über die Verwendung von 53,3 Milliarden Euro muss der Landtag Nordrhein-Westfalen in der Haushaltsgesetzgebung für das Jahr 2010 entscheiden. NRW-Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) hat den Gesetzentwurf in die parlamentarischen Beratungen eingebracht (Drs. 9700). Die erste von insgesamt drei vorgeschriebenen Lesungen im Plenum geriet traditionsgemäß zur Generalaussprache über die Landespolitik. Ebenfalls zur Debatte standen die mittelfristige Finanzplanung bis 2013 (Drs. 14/9701) sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG; Drs. 14/9702) mit Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 7,7 Milliarden Euro.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte, der Haushaltsentwurf sei Beleg für eine zukunftsweisende Haushaltspolitik der Landesregierung. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, der anhaltend angespannten Konjunkturlage und dramatisch eingebrochener Steuereinnahmen setze der Entwurf „richtige Zeichen, damit das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht“, sagte Linssen. Zwar mache die Krise es aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen unumgänglich, für 2010 neue Schulden in Höhe von 6,6 Milliarden Euro aufzunehmen, dies liege jedoch noch unter der rot-grünen Rekordneuverschuldung aus dem Jahr 2004. Trotz der angespannten Finanzlage seien im Haushalt 2010 steigende Ausgaben für Zukunftsbereiche wie Kinderbetreuung, Bildung und Forschung vorgesehen. Die Investitionen in politische

Schwerpunkte – beispielsweise die Einrichtung von 920 zusätzlichen Lehrerstellen und 14.500 Be-

treuungsplätzen für unter Dreijährige – wirkten ebenso stabilisierend wie die kommunalfreundliche Umsetzung des Konjunkturpakets II. Allerdings gelte in der Haushaltspolitik auch weiterhin der kaufmännische Leitsatz: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Linssen forderte deshalb die Fraktionen im Landtag auf, noch in dieser Legislaturperiode den haushaltspolitischen Verzicht auf strukturelle Verschuldung in der NRW-Landesverfassung festzuschreiben. Es dürfe in Zukunft nicht sein, „dass unsere Kinder und Enkelkinder alleine sehen müssen, wie sie mit unseren Schulden fertig werden“, meinte Linssen. Umso mehr müsse die Haushaltskonsolidierung nach Überwindung der Wirtschaftskrise konsequent voranschreiten.

Hannelore Kraft (SPD) bezeichnete den Beitrag ihres Vorredners als „Abschiedsrede“. Die Politik des Ministerpräsidenten und auch der vorgelegte Haushalt erfüllten die Erwartungen der Menschen nicht. Diesen nämlich gehe es um Sicherheit, um eine klare Perspektive. „Sie haben keine Antwort auf den wachsenden Druck in den Familien“, kritisierte die Oppositionsführerin den Grundsatz „Privat vor Staat“ der Landesregierung. Auch fehle ein Rezept für „die beste Bildung für alle“. Das Ziel der Vollbeschäftigung habe Ministerpräsident Rüttgers offensichtlich aufgegeben. Er stehe nur noch für „Verwalten statt Gestalten“. Außerdem sei der Haushalt 2010 ein Beweis für die Untätigkeit der Landesregierung in der Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsetat sinke Jahr für Jahr. Mit dem Haushalt 2010 erreiche die Verschuldung des Landes in Höhe von 129,1 Milliarden Euro einen „absoluten Rekordwert“. Die SPD-Fraktionsvorsitzende bezeichnete den Ministerpräsidenten als regierungsmüde und

Fotos: Schälte

warf der Landesregierung vor, bei den Kommunen mit mehr als 3,3 Milliarden Euro „in der Kreide zu stehen“. Die Kreise, Städte und Gemeinden seien „systematisch ausgeplündert“ worden und hätten zudem noch mehr Geld im Rahmen des Solidarpakts zahlen müssen als nötig. Zähle man diese 1,15 Milliarden Euro zur Neuverschuldung hinzu, ergäben sich nicht 6,6, sondern in Wahrheit 7,75 Milliarden Euro. Jede Regierung müsste angesichts der Wirtschaftskrise Schulden machen, gestand die SPD-Sprecherin zu. Entscheidend sei dabei, wie das Geld investiert werde. Die Rüttgers-Regierung mache aber Schulden, ohne neue Impulse für die Zukunft zu geben.

Als „Zerrbild der Realität“, bewertete Helmut Stahl (CDU) die Rede seiner Vorgängerin. So sei es noch gar nicht ausgemacht, wer beim Thema „Solidarpakt“ Rückerstattungsansprüche gegen wen habe; dies werde jetzt im Gespräch zwischen Landesregierung und Kommunen geklärt. Des Weiteren werde mit KiBiz mehr für Kinderbildung ausgegeben als früher, und es würden sieben Mal mehr Kinder unter drei Jahren betreut. Die SPD habe 2005 vorgesehen, 16.000 Lehrerstellen als „künftig wegfallend“ einzustufen; heute sehe der Haushalt fast 8.000 Stellen mehr vor.



Finanzminister
Dr. Helmut Linssen



Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

„Sie sind schlecht informiert bis zur Peinlichkeit“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende zur Oppositionsführerin. Diese laste dem Finanzminister 129 Milliarden Euro Schulden an und verschweige, dass die rot-grüne Vorgängerregierung 2005 rund 112 Milliarden Euro Schulden hinterlassen habe. Daher hätten CDU und FDP die Konsolidierung des Landeshaushalts einleiten müssen. In Zeiten einer historischen Wirtschaftskrise sei es jedoch notwendig, auch durch die Erhöhung der Nettokreditaufnahme Wachstumschancen zu sichern. Gleichzeitig investiere die jetzige Landesregierung etwa 3 Milliarden Euro mehr in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung als Rot-Grün im Jahr 2005. Dies sei die Voraussetzung, um die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und gute Löhne für die arbeitenden Menschen im Land zu sichern. Eine deutliche Absage erteilte Stahl dagegen weiteren kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen,

Haushaltseckdaten

(in Milliarden Euro)

	2006 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 einschl. zweiter Nachtrag	2010 (Haushalts- entwurf)
Haushaltsvolumen	47,8 Mrd. €	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	55,3 Mrd. €	53,3 Mrd. €
Steuereinnahmen	37,0 Mrd. €	40,5 Mrd. €	42,1 Mrd. €	38,5 Mrd. €	37,0 Mrd. €
Nettoneu- verschuldung	3,24 Mrd. €	1,86 Mrd. €	1,12 Mrd. €	5,98 Mrd. €	6,6 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	4,35 Mrd. € (9,1 %)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,6 Mrd. € (9,5 %)	7,1 Mrd. € (12,9 %)	5,1 Mrd. € (9,6 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,63 Mrd. € (9,7 %)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,82 Mrd. € (9,5 %)	4,74 Mrd. € (8,7 %)	4,64 Mrd. € (8,8 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	18,6 Mrd. € (38,9 %)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,0 Mrd. € (37,7 %)	20,6 Mrd. € (37,1 %)	20,8 Mrd. € (39,2 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW

wie sie die SPD fordere. Diese beinhalteten den Keim für weitere wirtschaftliche Krisen. Richtig sei, die „Politik der Erneuerung“ fortzusetzen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) dankte dem Finanzminister für den Etatentwurf. Er falle in

gesetztes hätte das Land im Haushalt im vergangenen Jahr einen Überschuss von über 160 Millionen Euro erwirtschaftet, rechnete Papke vor.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Rüdiger Sagel (fraktionslos)

eine Zeit, „in der wir den massivsten Einbruch an Wirtschaftswachstum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verkraften müssen“. In dieser historischen Ausnahmesituation habe der Finanzminister eine Nettokreditaufnahme vorgesehen, die in dieser Höhe im kommenden Haushaltsjahr unabwendbar sei. Da diese Situation nicht zufriedenstellend sei, wolle man schnellstmöglich wieder auf den „Pfad der Konsolidierung“ zurückkehren, den man in den letzten Jahren eingeschlagen habe. Darin seien sich die Koalitionsfraktionen einig. Ohne die Hilfe für die Westdeutsche Landesbank und den Rettungsschirm des Finanzmarkt-Förderungs-

Trotz der schwierigen Lage werde die Koalition es schaffen, auch künftig die Schwerpunkte wie zuvor zu setzen. Die bisherige Bilanz sei gut. Seit 2005 habe man die Ausgaben für den Bereich der vorschulischen Bildung um 30 Prozent erhöht. Außerdem gebe es 7.874 mehr Lehrkräfte, um dem Unterrichtsausfall zu begegnen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende unterstrich zudem die Investitionen im Hochschulbereich. Bald könne Nordrhein-Westfalen jungen Menschen 11.000 zusätzliche Studienplätze anbieten. Ein weiterer Erfolg seien mehr als 370.000 zusätzliche vollwertige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die seit Regierungsübernahme bis Ende 2008 dazugekommen seien. Das zeige, dass es darauf ankomme, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Sylvia Löhrmann (Grüne) verstand den vorgelegten Haushaltsentwurf als eine mehr als ernüchternde Bilanz der schwarz-gelben Regierungszeit seit 2005. Bei seinem Amtsantritt 2005 habe Ministerpräsident Jürgen Rüttgers den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, eine Unterrichtsgarantie an den Schulen einzuführen, die Arbeitslosigkeit zu senken und einen ausgegli-

chenen Landeshaushalt vorzulegen. Bei diesen selbstdefinierten Kernpunkten habe die Landesregierung versagt, meinte die Fraktionsvorsitzende der Grünen. Im Bereich Bildung gebe es weder zufriedenstellende Unterrichtsbedingungen noch eine innovative Schulentwicklung; die Arbeitslosigkeit sei weiterhin hoch, und mit 6,6 Milliarden Euro Neuverschuldung müsse NRW einen neuen Rekord in Kauf nehmen. Ministerpräsident Rüttgers habe den Menschen versprochen, das Haushaltsloch zu stopfen, stattdessen aber einen Krater daraus gemacht. Und die Landesregierung habe die Kommunen um Milliarden betrogen: „Trotzdem tun Sie so, als hätten Sie saniert.“ Außerdem sei zu befürchten, dass mangels eines Konjunkturprogramms für NRW die Zahl der Arbeitslosen bis zum Frühjahr kommenden Jahres auf nahezu eine Million Menschen in NRW steigen werde, prognostizierte Löhrmann. Sie kritisierte des Weiteren, dass die Landesregierung von CDU und FDP auch in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit an ihrer Politik „Privat vor Staat“ fest-

Einzelletats

(in Milliarden Euro)

	2010
Landtag	0,105
Ministerpräsident	0,306
Innen	4,588
Justiz	3,465
Schule und Weiterbildung	13,939
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,818
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	0,930
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,745
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,867
Finanzen	1,916
Landesrechnungshof	0,039
Bauen und Verkehr	2,996
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,718
Allgemeine Finanzverwaltung	13,828
Summe	53,260

halten wolle. Mit dieser „marktradikalen Politik“ verspiele die Regierungskoalition die Zukunft Nordrhein-Westfalens, warnte die Grünen-Sprecherin. Ihr Fazit: „Nordrhein-Westfalen hat einen besseren Ministerpräsidenten verdient.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

betonte, er wolle die „Politik der Erneuerung“ im Haushalt 2010 fortsetzen. Trotz der großen Wirtschaftskrise gehe es den Menschen besser als vor viereinhalb Jahren, als er die Regierung übernommen habe. Seit Mai 2005 gebe es rund 230.000 Arbeitslose weniger und über 7.000 Lehrerstellen mehr. Noch nie habe eine Regierung in NRW so viel Geld für Ganztags- und Kitaplätze ausgegeben. Auch in Zukunft wolle man in Kinder und Jugend, Bildung und Weiterbildung investieren. Der Ministerpräsident kündigte für das kommende Jahr 959 zusätzliche Lehrerstellen, einen Ausbau der Plätze an Ganztagschulen und für die Betreuung unter-dreijähriger Kinder, einen höheren Etat für das Kinderbildungsgesetz und für das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ an. Das Erfolgsrezept seiner Regierung sah Rüttgers in der Kombination aus einem strikten Sparkurs und Zukunftsinvestitionen. Dass man angesichts einbrechender Steuereinnahmen mit der Haushaltskonsolidierung von vorn beginnen müsse, sei zwar bitter, aber gegen die Krise anzuspüren, sei falsch. Rüttgers ergänzte das Erhardsche Ziel „Wohlstand für alle“ um die Forderung nach „neuer Sicherheit“. Dazu müsse die Politik mit Arbeitgebern, Handwerk, Gewerkschaften und Mittelstand ein „Bündnis der Vernunft“ für mehr Wachstum schmieden. Als Bestandteile dessen nannte er neue Spielregeln für die Finanzmärkte, die Haushaltskonsolidierung, einen Konsens darüber, dass NRW ein Industrie- und Exportland bleibe, die Überzeugung, dass Leistung sich lohnen müsse, sowie die Zielorientierung, NRW zum Innovationsland zu machen und in der Bildung besser zu werden.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) deutete die Rede des Ministerpräsidenten als „Anfang vom Ende“ der schwarz-gelben Landesregierung. NRW sei finanzpolitisch „ganz unten“ angekommen. Die Haushaltspolitik von CDU und FDP sei vollständig gescheitert, die Landesregierung handle weiterhin nach dem Prinzip „Privat vor Staat“.

GEMEINDEFINANZIERUNG

Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, berichtete **Innenminister Dr. Ingo Wolf** (FDP), erreichte 2010 mit 7,7 Milliarden Euro den zweithöchsten Stand seit Bestehen des Steuerverbunds. Der Verbundsatz von 23 Prozent in NRW sei einer der höchsten in Deutschland. Weil in dieser



Zeit Steuereinnahmen nicht mehr sprudelten, seien alle, Land und Kommunen gemeinsam, zur Konsolidierung aufgerufen. Als „bundesweit vorbildlich“ stellte der Minister heraus, dass die Kommunen über 86 Prozent der Mittel des Steuerverbundes frei verfügen könnten. Vor dem Hintergrund des schwankenden Gewerbesteueraufkommens forderte Wolf eine durchgreifende Reform der Gemeindefinanzierung.

Ralf Jäger (SPD) bezeichnete die Rede des Ministers als „Schönfärberei“. Viele Kommunen könnten selbst unter Verzicht aller freiwilligen Leistungen wie Hallenbäder oder Büchereien nicht ihre Pflichtaufgaben wahrnehmen, ohne zusätzliche Kredite aufzunehmen. „Wo sind Ihre Lösungen, Konzepte, Ideen?“, fragte er die Landesregierung und prophezeite, dass sie den Kommunen im nächsten Jahr wieder einiges von den im GFG zugewiesenen Mitteln wegnehmen werde. Bereits in den zurückliegenden Jahren sei es zu einem „Raubzug durch die kommunalen Kassen“ gekommen; seit 2006 habe die Regierung den Städten und Gemeinden 3,3 Milliarden Euro entzogen, rechnete er vor.

Man müsse überlegen, wie man zumindest die am schlimmsten betroffenen Kommunen aus ihrer desaströsen Finanzsituation herausholen könne, bestätigte **Rainer Lux** (CDU). Da aber viele Systeme miteinander zusammenhängen, sei auch der Bund gefordert. Die Kommunen wüssten die Höhe der Zuweisungen – der zweithöchste Stand aller Zeiten – zu schätzen. Dies gelte ebenso für die Selbstständigkeit, die das Land den Kommunen zutraue und daher einen hohen Anteil der Mittel zur selbstverantwortlichen Verfügung bereitstelle. Das Land habe sich einmal mehr als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen erwiesen. Im Übrigen sei auch die Lage des Landes und des Bundes angespannt.

Trotz rückläufiger Steuereinnahmen seien die Zuweisungen gegenüber dem höchsten Betrag vom Vorjahr nur um 3,15 Prozent niedriger, lobte **Horst Engel** (FDP) das „hervorragende Ergebnis bei der Gemeindefinanzierung 2010“. Für Investitionen in die Infrastruktur vor Ort stünden etwa eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung, auch wenn die Investitionspauschale um 7 Prozent niedriger ausfalle. Auch der FDP-Sprecher rief alle Beteiligten zur Konsolidierung auf. Es gelinge immer mehr

Kommunen, zu stabilen oder gesicherten finanzwirtschaftlichen Verhältnissen zurückzukehren. Die Botschaft sei vor Ort angekommen: „Weg von der Verschuldungspolitik hin zur schwarzen Null.“

„Keiner sagt, dass die Landesregierung allein Schuld habe“, gestand **Horst Becker** (Grüne) zu und verwies auf die Steuerreform 2002. Er kritisierte jedoch, dass die Regierung im Vergleich zur Vorgängerregierung und gemessen an den höheren Steuereinnahmen den Kommunen weniger Geld zur Verfügung stelle. Es gebe keineswegs eine positive Entwicklung: Wenn man die Kassenkredite und die investiven Kredite der Kommunen zusammenzähle, seien die Schulden rasant gestiegen. Auch durch verstärktes Sparen würden sich ihre Probleme nicht lösen; selbst Pflichtaufgaben müssten sie über Kredite finanzieren. Die Gestaltungshoheit der Kommunen sei bald am Ende, warnte er.

sov/sw

Die Gesetzentwürfe zum Haushalt 2010 und zur Mittelfristigen Finanzplanung (Drs. 14/9700 und 14/9701) wurden zur Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die Fachausschüsse überwiesen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drs. 14/9702) soll ebenfalls im Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie im Ausschuss für Kommunalpolitik und Strukturreform beraten werden.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	7,7 Milliarden (-250,8 Millionen)
Schlüsselzuweisungen	6,6 Milliarden (-212,8 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5,14 Milliarden
• Kreise	767 Millionen
• Landschaftsverbände	643 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	492 Millionen (-37,1 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	27,6 Millionen (-0,9 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Volkmar Klein (CDU)



Gisela Walsken (SPD)

„Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ – Diesen Leitsatz des Finanzministers sehe ich im Haushalt 2010 ...

... bewahrheitet und voll verwirklicht. Wenn wir in den vergangenen vier Jahren nicht intensiv gespart hätten, könnten wir jetzt nicht so effektiv auf die Krise reagieren. Die deutlich verbesserte Finanzbasis unseres Landes hilft uns heute, den krisenbedingten Anstieg der Neuverschuldung zu begrenzen.

... zum wiederholten Mal nicht umgesetzt. Trotz Steuer-
mehreinnahmen von 2005 bis 2008 in Höhe von rund 7,5 Mrd. Euro hat es der Finanzminister versäumt, in den „guten Jahren“ zu sparen und den Schuldenberg abzutragen. Stattdessen sind rund 15 Mrd. Euro im Haushalt versickert.

Die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise haben für den vorgelegten Etatentwurf ...

... natürlich Auswirkungen. Aufgrund wegbrechender Einnahmen steigt die Nettoneuverschuldung, wenn wir nicht gegen die Krise ansparen und sie damit verschärfen wollen. Trotz des historischen Konjunkturreinbruchs bleiben wir noch unter der Rekordverschuldung von Rot-Grün aus dem Jahr 2004.

... ernüchternde Auswirkungen. Der Entwurf ist das Eingeständnis des Scheiterns dieser Landesregierung. Erneut werden keine eigenen Akzente zur Stärkung der Wirtschaft und Unternehmen in NRW in Folge der Finanzkrise gesetzt.

Mehrausgaben für Bildung und Erziehung sind im Haushaltsplan 2010 ...

... erneut vorgesehen. Bereits in den vergangenen Jahren wurden die Ansätze kontinuierlich erhöht. Den Ansatz für das KiBiz erhöhen wir 2010 auf knapp 1,3 Milliarden Euro. Zudem bauen wir die U3-Betreuungsplätze weiter aus. Damit unterstreichen wir unser Ziel, NRW zum Bildungsland Nr. 1 zu machen.

... absolut notwendig. Doch trotz Steigerungen unterbleiben wichtige bildungspolitische Korrekturen. Weiterhin wird das dritte Kindergartenjahr nicht beitragsfrei gestellt, werden Studiengebühren erhoben und die Kommunen beim Ausbau des Ganztags mit einer völlig unzureichenden Finanzierung für investive Maßnahmen abgespeist.

Um den Landeshaushalt in den kommenden Jahren zu konsolidieren, ist es erforderlich, ...

... die Neuverschuldung wieder zurückzuführen. In drei Jahren haben wir die Nettoneuverschuldung um 83 Prozent gesenkt. Ohne die krisenbedingt notwendige Risikovorsorge hätte NRW 2008 erstmals seit 1973 keine neuen Schulden mehr aufgenommen. Diesen Konsolidierungskurs werden wir nach der Krise fortsetzen.

... zunächst realistisch Einnahmen und Ausgaben aufzulegen und in der mittelfristigen Finanzplanung zu zeigen, wie die Neuverschuldung auf „0“ reduziert werden soll.

Den zukünftigen Verzicht auf strukturelle Neuverschuldung in der Landesverfassung zu verankern, halte ich für ...

... absolut richtig. Im Sinne der Generationengerechtigkeit dürfen wir die Handlungsspielräume unserer Kinder nicht weiter einschränken. Eine Schuldenbremse ermöglicht uns, künftig in Ausnahmen auf Krisen fiskalpolitisch zu reagieren. Grundvoraussetzung bleibt aber der strukturelle Haushaltsausgleich.

... verantwortliche Politik, den nachfolgenden Generationen keine Belastungen zu hinterlassen. Wer allerdings massive Steuererleichterungen im Wahlkampf verspricht und gleichzeitig für eine Schuldenbremse wirbt, der muss erklären, wo er zukünftig sparen will.

Land, Kreise und Kommunen können zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen, indem sie ...

... die durch die Konjunkturprogramme eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten weiter schleunig nutzen. Die Umsetzung des Konjunkturpakets II in Nordrhein-Westfalen ist bundesweit vorbildlich. Wir sind hiermit auf dem richtigen Weg: Fast die Hälfte der Mittel sind bereits verplant.

... die Mittel aus dem Konjunkturpaket zügig für Maßnahmen in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie verwenden.

Für die Haushaltspolitik der Landesregierung bedeutet die Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ...

... dass wir den Kommunen trotz der historischen Krise den zweithöchsten Betrag in der Geschichte Nordrhein-Westfalens überweisen. Die 2006 vorgenommene Umstellung des Referenzzeitraums für das Gemeindefinanzierungsgesetz wirkt heute stabilisierend zugunsten der kommunalen Finanzausstattung.

... ein desaströses Ergebnis von vier Jahren Politik zulasten der Städte und Gemeinden und eine schwere Belastung für die Zukunft.

Diesmal geht es um Haushalt und Finanzen.

Angela Freimuth (FDP)



Ewald Groth (Grüne)



... verwirklicht. Während die abgewählte rot-grüne Koalition diesen Leitsatz vernachlässigt hat, haben FDP und CDU bisher schon 2,8 Milliarden Euro zur Vermögensbildung und zur Vorsorge für künftige Ansprüche der Versorgungsempfänger zurückgelegt. 2010 kommen weitere 359 Millionen Euro hinzu.

... einschneidende Konsequenzen. Nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung für NRW müssen wir Steuerausfälle von 5,1 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2008 verkraften. Ohne die konsequente Konsolidierungspolitik der Koalition von CDU und FDP würden wir aber wesentlich schlechter dastehen.

... der Schwerpunkt unserer Politik. Wir haben die Betreuungsangebote für unter Dreijährige verbessert, nahezu 8000 neue Lehrerstellen geschaffen und bauen Kapazitäten von Universitäten und Fachhochschulen aus. Faire Bildungschancen und Haushaltskonsolidierung sind für uns zwei Seiten einer Medaille.

... aus der Schuldenspirale auszusteigen, in die Rot-Grün NRW getrieben hat. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, den Haushalt durch Sparmaßnahmen auszugleichen. 2008 hätte NRW einen Überschuss erwirtschaftet, wenn wir für den Finanzmarktrettungsschirm keine milliardenhohen Rücklagen hätten bilden müssen.

... unbedingt notwendig. Deshalb haben FDP und CDU die Einführung einer Schuldenbremse beschlossen. Unser Ziel ist es, die steigende Nettoneuverschuldung der öffentlichen Hand zu beenden. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

... die Möglichkeiten der Konjunkturpakete jetzt möglichst schnell und vollständig ausschöpfen. Zusätzliche Maßnahmen der Landesregierung zur Belebung der Konjunktur sind angesichts einer leicht anziehenden Konjunktur nicht angebracht und würden lediglich den ohnehin hohen Schuldenstand weiter erhöhen.

... wachsam zu bleiben, wie die Situation der Kommunen sich entwickelt. Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden. Das Land ist andererseits auch nicht für jede Schuldenproblematik in den Kommunen verantwortlich. Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs befindet sich zudem schon in Vorbereitung.

... nicht verwirklicht. Gespart wurde nie. Trotz Steuer-mehreinnahmen von 8 Milliarden Euro gegenüber 2005 haben CDU und FDP 2008 neue Schulden angehäuft. 2010 ist es bislang ein gigantischer Schuldenanstieg von 6,6 Milliarden Euro und nach der Novembersteuerschätzung wird der Betrag noch steigen.

... keinerlei Konsequenzen, außer dass die Steuerschätzung eingerechnet wird. Weder 2009 noch für 2010 wollen CDU und FDP der Wirtschaft spürbare und sinnvolle eigene Impulse geben. Statt die Kommunen kaputtzusparen, sollten Investitionen in die Sanierung von Schulen, Heizungen und Wohnhäusern fließen.

... kaum zu erkennen. Die Hälfte der Mehrausgaben im Schulbereich entfällt auf die Pensionen. Stunden für individuelle Förderung werden für den Grundbedarf missbraucht. Bei der U3-Betreuung bedient sich die Landesregierung am Ausbaugeld des Bundes, statt dieses zusätzlich an die Kommunen weiter zu geben.

... eine Kehrtwende zu vollziehen. Es fehlt angesichts der schwarz-gelben Schuldenpolitik an jeder Perspektive. Die FDP redet gar Steuersenkungen das Wort, während der CDU-Finanzminister auf Bundesebene daran scheitert, für die Landesebene größere finanzielle Spielräume zu schaffen.

... ein absurdes Schauspiel der größten Schuldenmacher-Koalition aller Zeiten. Dies soll nur von der Neuverschuldung von mindestens 20 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren ablenken. Mehr finanzielle Eigenverantwortung des Landes wäre gefragt, da hat Herr Dr. Linssen im Bund aber versagt.

... in eine moderne und klimafreundliche Infrastruktur und in die Bildung sowie in gesundes Schul-Mittagessen investieren würden. Dies löst Arbeitsmarkteffekte aus und nutzt den Menschen und der Umwelt. Der Raubzug von CDU und FDP durch die kommunalen Kassen macht den meisten Kommunen dies unmöglich.

... eine unmittelbare Notwendigkeit, endlich zu handeln. Statt sie durch ein hilfloses Haushaltsrecht zu strangulieren, müssen CDU und FDP endlich für die Rückzahlung der zu viel gezahlten Einheitslasten und einen Schuldenfonds zur Überbrückung der schlimmsten Notlage sorgen.

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer,
Christoph Weißkirchen

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9908	Hochschulgesetz, GRÜNE	Vorschlag: Wissenschaftsausschuss (federführend)	1. Lesung 7.10.2009
14/9900	Vereinbarung über d. Koordinierungsstelle Magdeburg 2010 bis 2016, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 7.10.2009
14/9878	Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 7.10.2009
14/9854	Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 8.10.2009
14/9853	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums, LR	Vorschlag: Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 8.10.2009
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, GRÜNE	Umweltausschuss	Beratung steht an
14/9739	Änderung des Landesreisekostengesetzes etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Abschl. Ber. 29.10.2009
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung, LR	Wirtschaftsausschuss (federführend)	Beratung läuft
14/9737	Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 6.11.2009
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Rechtsausschuss	Anhörung 25.11.2009
14/9711	Umsetzung der Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen, LR	Umweltausschuss	1. Beratung November 2009
14/9710	Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften, LR	Gesundheitsausschuss	Beratung läuft
14/9709	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	1. Beratung 29.10.2009
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, LR	Haushaltsausschuss (federführend)	Anhörung im Kommunalausschuss 30.9.2009
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010, LR	Haushaltsausschuss (federführend)	Beratung zusammen mit Haushaltsgesetz
14/9700	Haushaltsgesetz 2010, LR	Haushaltsausschuss (federführend)	Anhörung 29.10.2009

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9508	Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug, LR	Rechtsausschuss (federführend)	Abschließende Beratung 28.10.2009
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, SPD	Hauptausschuss	Beratung steht an
14/9395	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 etc., LR	Haushaltsausschuss (federführend)	Abschießende Beratung 29.10.2009
14/9394	Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen etc., LR	Bauausschuss (federführend)	Abschießende Beratung 26.11.2009
14/9393	Änderung des Gesetzes über den „WDR Köln“ und des Landesmediengesetzes, LR	Hauptausschuss	Anhörung ausgewertet, nä. Beratung 29.10.2009
14/9386	Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss (federführend)	Anhörung 26.11.2009
14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009, LR	Haushaltsausschuss	Beratung im Okt. 2009
14/9308	Änderung des Landesdisziplinarrechts, LR	Innenausschuss (federführend)	2. Lesung 8.10.2009
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	Weitere Beratung im Herbst
14/9249	Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe, LR	Wissenschaftsausschuss (federführend)	Abschl. Ber. 7.10.2009, 2. Lesung 8.10.2009
14/8947	Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in NRW, LR	Wirtschaftsausschuss	Abschl. Ber. spätestens 11.11.2009
14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 7.10.2009
14/6327	Vollzug der Untersuchungshaft in NRW, SPD	Rechtsausschuss	zurückgezogen
14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Beratung ruht, Parlamentsinformtionsvereinbarung seit 1.9.2009 in Kraft (untergesetzliche Regelung)
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss (federführend)	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 24. - 26. Juni 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9404	Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Hessen und Nordrhein-Westfalen über Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 9.9.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Die schriftlichen Stellungnahmen der Fachleute waren im Ausschuss gefragt.

den müsse, ob die im Bund beschlossene Schuldenbremse überhaupt verfassungsgemäß sei. Dass eine Schuldenbremse nur im Einklang mit weiteren Maßnahmen Erfolg haben könne, zeigte Ute Scholle auf. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs betonte, bei einem Verzicht auf Neuverschuldung dürfe es nicht zu haushaltspolitischen „Ausweichmaßnahmen“ kommen wie etwa zum Abschluss von öffentlich-privaten Finanzierungsmodellen. Diese brächten für den Landeshaushalt auf lange Sicht mindestens ebenso große Belastungen mit sich.

„SIGNAL AN DIE MENSCHEN“

Zustimmend gegenüber den Forderungen der Regierungsfractionen äußerte sich für den Bund der Steuerzahler Heinz Wirz. Die Schuldenbremse sei ein „Signal an die Menschen“, da sie das Vertrauen in die finanzpolitische Zuverlässigkeit des Staates stärke. „Die Bevölkerung würde der Politik das Schuldenmachen sofort verbieten“, meinte Prof. Dr. Hans Meyer (Humboldt Universität zu Berlin). Eine Schuldenbremse greife allein viel zu kurz. Vielmehr müsse ein generationenübergreifender Lastenausgleich geschaffen werden.

„Enorm gefährlich“ könne die Schuldenbremse für die Kommunen werden, erklärte Claus Hamacher für die kommunalen Spitzenverbände. Eine Kürzung der Mittel im Finanzausgleich oder eine weitere Übertragung von Landesaufgaben sei zu befürchten. Umso mehr hielt es Hamacher für notwendig, einen finanziellen Mindestanspruch der Kommunen ebenfalls in der Verfassung zu verankern. „Die Schuldenbremse kann für NRW insgesamt sehr schmerzhaft werden“, prognostizierte Dr. Achim Trugler (Hans-Böckler-Stiftung), weil sie Handlungsfähigkeit weitestgehend einschränke. Um den Haushalt zu konsolidieren, seien Steuererhöhungen sinnvoller. Dieser Vorschlag stieß auch bei Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Fachhochschule Gelsenkirchen) auf Zustimmung. Durch Steuersenkungen seien dem Staat Milliarden Euro verloren gegangen.

Prinzipiell sei die Einführung einer Schuldenbremse eine richtige Entscheidung, entgegnete Florian Boettcher (Technische Universität Kaiserslautern), obwohl zweifelhaft sei, ob der Verzicht auf neue Kredite tatsächlich realisiert werde. Für den DGB erkannte Stefan Pfeifer im Konzept der Schuldenbremse einen Widerspruch. Das Land übertrage den Kommunen einerseits immer mehr Pflichten, andererseits jedoch seien Kürzungen der Finanzmittel zu befürchten. Spätestens dann, so Pfeifer, müsse sich die Politik öffentlich bekennen, welche Aufgaben sie nicht mehr erfüllen wolle.

SW

Auf die Bremse treten

Foto: Schälte

Haushaltsausschuss befragt Fachleute nach Sinn einer Schuldenbremse

17. September 2009 – Eine Schuldenbremse möchten CDU und FDP in der Landesverfassung verankern. Sie reagieren damit auf die Beschlüsse der Föderalismuskommission II, im Grundgesetz ein Verbot der Nettokreditaufnahme für Bund und Länder ab 2020 festzuschreiben. Die Fraktionen fordern in einem Antrag (Drs. 14/9259) die Landesregierung auf, einen Gesetzentwurf für die Umsetzung der nordrhein-westfälischen Schuldenbremse vorzulegen. Im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) äußerten sich Sachverständige zu den Plänen. Der Anhörung lag außerdem ein Entschließungsantrag des fraktionslosen Abgeordneten Rüdiger Sagel zugrunde (Drs. 14/9301), die Schuldenbremse abzulehnen, da diese die finanzpolitische Eigenverantwortung der Länder verletze.

Die Mehrzahl der Sachverständigen befürwortete eine Schuldenbremse, auch wenn diese mit weiteren Anstrengungen zum Schuldenabbau einhergehen müsse. „Ich warne davor zu glauben, dass die Schuldenbremse ein Allheilmittel sei“, sagte Dr. Beate Jochimsen (Freie Universität Berlin). Sie kritisierte, die Schuldenbremse berücksichtige nicht die Gründe, die zum Anwachsen des Schuldenbergs geführt hätten. So seien Sanktionen für haushaltspolitisches Fehlverhalten nicht vorgesehen. „Eine Schuldenbremse ist sicherlich richtig und wichtig“, meinte Dr. Michael Thöne (Universität zu Köln). Allerdings bleibe zu hinterfragen, inwiefern die Bremse mit den Steuerkompetenzen des Landes und dem Länderfi-

nanzausgleich korrespondiere. In dieser Hinsicht bestehe weiterer Reformbedarf. Als „richtigen Schritt“ bewertete Heinz Gebhardt (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) den Verzicht auf Neuverschuldung. Weit darüber hinaus bleibe es jedoch der „Königsweg“ der Haushaltspolitik, Schulden ohne negative Folgen für das Wirtschaftswachstum abzubauen.

Mit der Frage, wie die Schuldenbremse gesetzlich realisiert werden könne, beschäftigte sich Dr. Henning Tappe (Westfälische Wilhelms-Universität Münster). Er riet der Landespolitik, sich eng an der bundesrechtlichen Ausgestaltung zu orientieren, auch wenn mit Blick auf die Verfassungsklage des Kieler Landtags abgewartet wer-

+++ Meldungen +++

Abgeordnete diskutieren Beschluss des Jugend-Landtags

16. September 2009 – Große Wertschätzung brachten alle Fraktionen im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) den Jung-Abgeordneten des 2. Jugend-Landtags entgegen. Die Jugendlichen hatten sich im Sommer für die Bewertung von Lehrerinnen und Lehrern durch unangemeldete Kontrollen eines Gremiums ausgesprochen. Regelmäßiges Feedback sei eine gute Anregung für die Schul- und Unterrichtsentwicklung, fand Sigrid Beer (Grüne). Allerdings sei Vertrauen besser als unangemeldete Kontrollen. Ralf Witzel (FDP) argumentierte hingegen, Besuche mit Voranmeldung führten schnell zu gespielten Unterrichtssituationen. Über Nacht könne man den Jugend-Landtags-Beschluss aber nicht annehmen, da rechtliche Grundlagen betroffen seien. Ute Schäfer (SPD) schlug vor, die jugendlichen Fraktionssprecherinnen und -sprecher zur Diskussion in den regulären Schulausschuss einzuladen. Diese Idee begrüßten alle Fraktionen.

Frauenkarrieren in der Wissenschaft

17. September 2009 – Der Frauenanteil in Spitzenpositionen an NRW-Hochschulen habe sich in den letzten Jahren von 7 auf 20 Prozent erhöht, berichtete Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, Grüne). Damit reagierte der Minister auf einen Antrag der Grünen (Drs. 14/9754), eine Frauenquote einzuführen. Im Ausschuss bestand Einigkeit darin, dass Frauen weiterhin in Wissenschaft und Forschung unterrepräsentiert seien. Auf Anregung von Dr. Ruth Seidl (Grüne) sprachen sich alle Fraktionen für eine Anhörung aus, um weitere Maßnahmen zu beraten. In der Expertenrunde soll erörtert werden, wie Familie und Karriere vereinbart, Rückkehrmöglichkeiten nach Auszeiten verbessert, die Promotionsbetreuungen ausgebaut und besondere Unsicherheiten bei der Karriereplanung beseitigt werden können.

Datteln: Verlässliche Planung gefordert

30. September 2009 – Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, den Bebauungsplan für das Kohlekraftwerk in Datteln für unwirksam zu erklären, war Thema im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Staatssekretär Dr. Jens Baganz sah dabei im Gegensatz zum Gericht keinen Widerspruch zwischen Bebau-

ungsplan und Landesentwicklungsplan. „Die CDU will dieses Kraftwerk, und zwar an diesem Standort“, bekräftigte auch Oliver Wittke (CDU). Jetzt müsse Rechtssicherheit geschaffen und die Kritik des Gerichts „geheilt“ werden. Eben-



Illustration: Peter Flock

falls ein Bekenntnis für den Industrie-standort forderten für die FDP Dr. Gerhard Papke und Dietmar Brockes. Wenngleich sich die SPD hinter das Kraftwerkserneuerungsprogramm stellte, knüpften Norbert Römer und Thomas Eiskirch an den Standort Datteln die Bedingung, dass die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen werde. Immerhin sei in den Unterlagen aus der Zeit bis 2005 nur von einer Kraftwerkserweiterung, nicht von einem Neubau die Rede. Für die Grünen sprach sich Reiner Priggen gegen weitere Kohlekraftwerke aus.

Ernährung in Pflegeheimen

30. September 2009 – Über die Presse waren Ergebnisse einer Studie bekannt geworden, wonach Menschen in NRW-Pflegeheimen von Mangelernährung bedroht seien. Eine solche Meldung stoße zumindest die Debatte an, meinte die SPD – treffe aber auch die Pflegerinnen und Pfleger hart, ergänzte die CDU im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Zur Sprache kam, dass die Studie durch eine Firma gefördert worden sei, die vom Verkauf künstlicher Ernährung lebe. Nach Meinung der Fraktionen und des Gesundheitsministers seien in den NRW-Heimen die Pflegerinnen und Pfleger sehr um das Wohl alter Menschen bemüht. Trotzdem verweigerten einzelne die Nahrungsaufnahme. Minister Laumann bezweifelte allerdings, dass es menschengerechter sei, den Menschen „ein Loch in den Bauch zu schneiden und eine Sonde zu legen“. Die Grünen forderten individuelle Ernährungsangebote anstelle von Catering. Kochen als erlebbarer Teil des Tagesablaufs müsse mehr Berücksichtigung in Heimen finden.

Staatskanzlei und CDU: Dienstliche Kontakte oder steuernde Rolle?

1. Oktober 2009 – Kritisch hinterfragte der **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier CDU) die Funktion des Abteilungsleiters Dr. Boris Berger in der NRW-Staatskanzlei. Unerlaubte Zusammenarbeit, so lautet der Vorwurf der Opposition, die sich auf einen in der Presse veröffentlichten E-Mail-Verkehr zwischen Staatskanzlei und CDU-Parteizentrale stützt. Staatssekretär Karsten Beneke betonte als Leiter der Staatskanzlei, Berger halte die Kontakte zur CDU ausschließlich auf Grundlage verfassungsmäßiger Regelungen und im Rahmen seiner Dienstgeschäfte, die auch die Doppelrolle von Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident und CDU-Vorsitzendem berücksichtigten. In der Staatskanzlei werde keine unmittelbare und gezielte Parteiarbeit geleistet, erklärte auch Peter Biesenbach (CDU). Für die SPD ist laut Wolfram Kuschke allerdings der Eindruck gegeben, dass durch die Tätigkeit Bergers die Arbeit von Staatskanzlei und Parteizentrale „zusammengeführt“ werden solle. Edgar Moron (SPD) interessierte die Frage, inwiefern Berger in den Parteigremien nicht nur eine beobachtende, sondern aktive Rolle spiele. Der E-Mail-Verkehr zeige, „wer Koch und wer Kellner ist“, wertete für die Grünen Sylvia Löhrmann die Rolle Bergers als steuernd in der Parteiarbeit.

Gefördert oder gefährdet?

Foto: Schälte

Sachverständige bewerten Gesetzentwurf zum sozialen Wohnungsbau kritisch

3. September 2009 – Erstmals will die schwarz-gelbe Landesregierung mit einem Gesetzentwurf (Drs. 14/9394) das Wohnungswesen auf Landesebene regeln. Dieser Schritt ist notwendig geworden, nachdem im Zuge der Föderalismusreform die Bundesländer die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich erhalten haben. Im Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Rökens, SPD) nahmen Sachverständige in einer Anhörung den Gesetzentwurf unter die Lupe. Hauptgegenstand der Diskussion war das Vorhaben, die Wohnungsbauförderungsanstalt (Wfa) künftig in die Strukturen der NRW.BANK zu integrieren. So wurden feste Zusagen finanzieller Zuschüsse wie auch das Festhalten an der Zweckgebundenheit des Vermögens der Wfa für die soziale Wohnraumförderung gefordert.

Mit „erheblicher Skepsis“ begegneten Sachverständige wie Gesine Korth-Weiher (Städtetag NRW) dem Gesetzentwurf, da sie die finanzielle Ausstattung der Wohnungsbauprogramme infrage gestellt sah. „Die Wohnungsbauförderung verliert ihre Sonderrolle und muss in Zukunft mit anderen Förderfeldern der NRW.BANK um finanzielle Mittel konkurrieren“, kritisierte Korth-Weiher. Auch Stephan Keller (Städte- und Gemeindebund) äußerte Bedenken. Zwar berücksichtige der Entwurf die richtigen Förderungsschwerpunkte wie etwa die nachhaltige Siedlungsentwicklung, jedoch gehe der Wohnungsbauförderung „ein Stück Schutzmechanismus“ verloren.

Besonders kritisch sei zu bewerten, dass künftig der Vorstand der NRW.Bank erheblich über die Verwendung des Wfa-Vermögens mitbestimmen könne. In diesem Sinne beklagten die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe als Miteigentümer der NRW.BANK, dass ihre Beteiligungsquoten am Stammkapital der Förderbank durch die Integration des Wfa-Vermögens künftig drastisch von derzeit 17,6 Prozent auf 0,6 Prozent sinken würden. Der kommunale Einfluss auf die Förderpolitik der Bank gehe fast vollständig verloren, während jedoch die finanzielle Haftung in vollem Umfang erhalten bleibe, bemängelte Harry K. Voigtsberger für die Landschaftsverbände.

„Spielräume für wachsende unkalkulierbare Risiken“ konnte Ute Scholle vom Landesrecht-

nungshof im Entwurf erkennen. Das Wfa-Vermögen in Höhe von 18,6 Milliarden Euro werde zukünftig vollständig als Haftungskapital für die NRW.BANK herangezogen. Es bestehe so die Gefahr, dass das Vermögen im schlimmsten Fall vollständig aufgezehrt werde, erklärte die Sachverständige. Sorge bereite ihr außerdem, dass zukünftig keine parlamentarische Kontrolle über die Verwendung des Vermögens mehr ausgeübt werden könne.

BETRAG FESTSCHREIBEN?

Als einziger Sachverständiger begrüßte Burghard Schneider den Gesetzentwurf „ausdrücklich“. Für den Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland-Westfalen lobte er ihn als „fortschrittlich“, weil er zur Entbürokratisierung beitrage. Fördermittel seien in Zukunft deutlich flexibler einsetzbar, was positive Effekte auch auf die Stadtentwicklung mit sich bringe. „Ich habe keine Zweifel, dass die Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt wird“, sagte Schneider. Dagegen bewertete Falk Kivelip vom Landesverband Freier Wohnungsunternehmen die Risiken des Gesetzentwurfs höher als die Chancen. Erforderlich sei ein gesetzlicher Mindestbetrag für die Wohnraumförderung von jährlich 900 Millionen Euro, da ein Wegbrechen

der Wfa-Fördermittel fatale Folgen für die Wohnungslandschaft hätte.

Auch Klaus-Dieter Stallmann (Haus & Grund NRW) sowie Uwe Eichner (GAG Immobilien AG Köln) forderten entsprechende Nachbesserungen im Gesetzestext. Da insbesondere der demografische Wandel die Sanierung oder den tausendfachen Neubau von seniorenrechten Wohnungen notwendig mache, müsse die bisherige finanzielle Förderung verbindlich zugesichert sein. Die Probleme im Wohnungsbau seien für die kommenden Jahre absehbar, meinten ebenso Sachverständige der Ingenieur- und Architektenkammern. Die Wohnungswirtschaft müsse einen „enormen Nachrüstungsbedarf“ bewältigen, um Bestände energetisch zu sanieren und barrierefrei auszugestalten. Vor diesem Hintergrund drohe der Gesetzentwurf die Wohnraumförderung „mit einer schweren Hypothek“ zu belasten, meinte Stefan Pfeifer vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Ohne feste Zusagen finanzieller Zuschüsse sei die Wohnraumförderung nicht machbar, schloss Bernhard von Grünberg (Mieterbund) an. Auch weitere Sachverständige der Freien Wohlfahrtspflege und der Bauindustrie hielten eine verbindliche Zusage von Fördermitteln für unverzichtbar. Ihr Fazit: Ohne eine festgeschriebene Untergrenze für die Fördermittel könnte die Wohnraumförderung deutlich an Substanz verlieren.

SW

Imam-Ausbildung an deutschen Hochschulen für Integration auf Dauer unerlässlich

Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine islamisch-theologische Imam-Ausbildung an deutschen Hochschulen: „Imame haben für unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine große Bedeutung: als Vorbeter, als Seelsorger, als Vermittler bei Ehekonflikten oder als Erzieher, die Kinder in kulturellen und religiösen Fragen unterweisen“, betont Michael Solf (Foto), integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Der Großteil der Imame in Deutschland komme bislang aus den jeweiligen Herkunftsländern – meist nur für wenige Jahre. „Das Problem ist: Viele von ihnen haben mangelnde Deutschkenntnisse und kennen sich in unserer Gesellschaftsordnung und unserer Kultur nur unzureichend aus.“ Eine weitere Problematik ergebe sich hinsichtlich der Ausbildung und Stellung der Imame in der islamischen Welt, die nicht einheitlich geregelt



sei: So bezeichneten sich sowohl Gläubige ohne Studium als auch hochqualifizierte Akademiker als Imame.

Solf: „Ich begrüße es ausdrücklich, wenn inzwischen das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten Imame vor ihrer Abreise in das Zielland zu Sprachkursen und Fortbildungen verpflichtet. Doch das allein reicht nicht aus. Denn ein Imam, der mit seinen Schützlingen überwiegend in der Herkunftssprache und nur ungenügend Deutsch spricht, schadet der gesellschaftlichen Integration und den individuellen Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen. Vor allem ist es nicht hinnehmbar, dass einige wenige Hassprediger und islamistische Extremisten ihre verfassungsfeindlichen Inhalte hinter der jeweiligen Landessprache verbergen. Wir brauchen deshalb im Sinne einer gelingenden Integration

auf Dauer eine islamisch-theologische Ausbildung an unseren Hochschulen. Wir brauchen eine Elite im Sinne eines aufgeklärten Islam, die hierzulande aufgewachsen und fest verwurzelt ist und sich mit unserer Gesellschaftsordnung identifiziert. Und wir brauchen als Übergangslösung Weiterbildungskurse für diejenigen islamischen Geistlichen, die aus dem Ausland zu uns kommen und sich besser als bisher mit unserer Sprache, unserer Lebensweise und mit Recht und Gesetz vertraut machen müssen.“

Zudem seien schwierige staatskirchenrechtliche Fragen zu klären. „Dies betrifft insbesondere das Problem, dass es bislang noch keine anerkannte muslimische Religionsgemeinschaft gibt“, so Solf weiter. „Die umfassende Pflege der Religion, ein Mindestmaß an mitgliederschaftlicher Struktur, die Pflicht zur Verfassungstreue und die Unabhängigkeit auch von ausländischer Staatsgewalt – ein nach diesen unumstößlichen Prinzipien gebildeter Ansprechpartner ist aufseiten der Muslime leider noch nicht vorhanden.“ ■

FDP-Fraktion: „Raus aus Google-Street-View“



Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für mehr Datenschutz im Internet ein. Um die Persönlichkeitsrechte der Bürger in NRW zu stärken, hat die FDP nun die Initiative „Raus aus Google-Street-View“ gestartet. Dieses Internetange-

bot ermöglicht am Computer einen virtuellen Stadtrundgang. Ab 2010 sollen auch Bilder aus Nordrhein-Westfalen online sein. Deshalb sind derzeit Kamerafahrzeuge systematisch in NRW unterwegs. Robert Orth, (Foto) rechts-



politischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, sieht die Persönlichkeitsrechte der Bürger in Nordrhein-Westfalen gefährdet. „Unsere Stichproben bei Street-View-Angeboten aus anderen europäischen Städten haben ergeben, dass viele Kennzeichen oder Gesichter nicht oder nur unzureichend unkenntlich gemacht werden“, erläutert Robert Orth. „Derzeit können Personen in unangenehmen oder sehr persönlichen Situationen abgebildet und

dauerhaft im Internet gefunden werden“, sagt der Rechtsexperte. Außerdem ermöglicht die Zoom-Funktion, bis in die Zimmer der einzelnen Häuser zu blicken. Man kann teilweise sehen, welche Bilder an den Wänden hängen oder wer zum Zeitpunkt der Aufnahme zu Besuch war. Das ist nach Ansicht der FDP eine Verletzung der Privatsphäre. Dagegen kann man sich mit einem Widerruf schützen. „Bürger sollten dieses Recht wahrnehmen, wenn sie verhindern möchten, dass Bilder von ihnen und ihrem Umfeld gemacht werden und bald im Internet bei Google zu finden sind. Deshalb stellt die FDP ein Widerspruchsformular zur Verfügung, das auf der Homepage der FDP-Fraktion heruntergeladen werden kann“, sagt Orth. Der rechtspolitische Sprecher weist zudem darauf hin, dass viele Menschen, insbesondere Bürger ohne Internetzugang, häufig nichts von ihren Bildern im Google-Street-View-Angebot erfahren würden. „Um den gläsernen Bürger wider Willen zu verhindern, muss jeder Betroffene sein Widerspruchsrecht kennen und einfach und wirksam ausüben können“, fordert Robert Orth.

www.fdp-fraktion-nrw.de

Schwarz-gelber Regierungsmurks: NRW drohen milliardenschwere Bauruinen



Die schwarz-gelbe Landesregierung und Ministerpräsident Rüttgers sind eine große Gefahr für den Industriestandort NRW: Der Bau einer Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld wurde seitens des Landes schlecht koordiniert. Der Regierungsmurks hat zur Folge, dass ohne eine Kampfmittelprüfung gebaut wurde. In Berlin hat die Regierung Rüttgers nichts unternommen, damit noch in diesem Jahr die bundesrechtlichen Voraussetzungen für ein schadstoffarmes Kohlekraftwerk in Hürth mit einer Gesamtinvestition von mehr als 2 Milliarden Euro geschaffen werden. Zur landesweiten Koordinierung des großflächigen Einzelhandels hat die CDU/FDP-Koalition eine Regelung beschlossen, die im August 2009 vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt wurde.

Nun hat ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster die planungsrecht-



liche Grundlage des E.ON-Kohlekraftwerks in Datteln für nichtig erklärt. Hintergrund ist, dass maßgebliche Stellungnahmen der Landesbehörden, auf die sich die Stadt Datteln verlassen hat, einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten. Die Landesminister Thoben

und Uhlenberg (beide CDU), die für Wirtschaft und Umwelt zuständig sind, hätten diesen Ausgang des Gerichtsverfahrens durch kluges Regierungshandeln im Vorfeld vermeiden können und müssen.

Die schweren handwerklichen Fehler und politischen Fehlentscheidungen der Landesregierung gehen sowohl zulasten der jeweils betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner als auch der Unternehmen, die investieren und vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Jobs schaffen wollen. Damit das Projekt in Datteln doch noch erfolgreich fertiggestellt werden kann, muss die Landesregierung endlich handeln und Rechtssicherheit gewährleisten. Ansonsten droht Datteln zum Standort der größten Bauruine aller Zeiten zu werden, in die bereits über 1 Milliarde Euro investiert wurde. ■

Grünes Sommerfest wieder ein voller Erfolg



Fast 500 Gäste konnte die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann (im Bild) aus allen gesellschaftlichen Bereichen begrüßen – von A wie Architektenkammer oder Alevitische Gemeinde über F wie Feuerwehrverband und I wie Integrationsbeauftragter bis Z wie zakk-Düsseldorf. Selbstverständlich stand das gerade erzielte, sehr gute Kommunalwahlergebnis der nordrhein-westfälischen Grünen im Zentrum vieler Gespräche. Sylvia Löhrmann hob in ihrem kurzen Wortbeitrag die vielen

direkt erzielten Mandate in Köln, aber auch in Münster und Bielefeld hervor. Sie freute sich über den gesteigerten Zuspruch für engagierte Klima- und Bildungspolitik in den ländlichen Regionen des Landes, sei es in Lohmar im Rhein-Sieg-Kreis, in Roetgen im Aachener Land, in Hilchenbach im Siegerland oder in Lennestadt im Sauerland. Sylvia Löhrmann rief dazu auf, an diesem Abend ausgiebig zu feiern, um dann den politischen Schwung für ein weiteres

Erfolgsereignis im Mai 2010 mitzunehmen.

Der mittlerweile traditionelle Sommerempfang bot einer wiederum gestiegenen Anzahl von Freunden und Gästen der Grünen Fraktion wieder die Gelegenheit zum persönlichen und politischen Austausch über Lager- und Parteigrenzen hinweg. Unterstützt wurde das sommerliche Flair des gelungenen Abends durch

lateinamerikanisch- und kubanisch-geprägte Samba- und Salsa-Rhythmen der Band „Burkhard Hessler and Friends“, die am späteren Abend auch einige Gäste dazu animieren konnte, das Tanzbein zu schwingen.

Der Grüne Sommerempfang ist zu einem festen Bestandteil des politisch-gesellschaftlichen Terminkalenders der Landeshauptstadt geworden. ■



Fotos: Christof Wolff



Die Milch machen

Über die Probleme mit Menge und Absatz

Foto: Schälte

2. September 2009 – Weil für den deutschen Markt zu viel Milch produziert werde, führe dies zu immer niedrigeren Preisen, problematisiert die Grünen-Fraktion (Drs. 14/9069) und fordert eine Mengenregulierung der Milch. Bei teils weniger als 20 Cent pro Liter Milch könnten viele Betriebe nicht überleben. Gleichzeitig werde der Überschuss exportiert, was aus Steuergeldern subventioniert werde. CDU und FDP kritisieren ebenfalls die niedrigen Milchpreise, sehen aber die landwirtschaftlichen Betriebe, Verbände, Molkereien und den Handel in der Pflicht, die Probleme als Marktteilnehmer selbst zu lösen (Drs. 14/9257). Die Landesregierung stehe den Betroffenen mit Liquiditätshilfen zur Seite. Zu beiden Anträgen äußerten sich Sachverständige während einer Anhörung im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU).

Thomas Rieger von der Landwirtschaftskammer NRW e.V. beschrieb die Liquiditätssituation der Erzeugerbetriebe als katastrophal. Der Milchpreis decke die Produktionskosten nicht, und das gelte für fast alle Erzeugerbetriebe, sagte Friedrich Steinmann vom Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband. Die jetzige EU-Milchquote, die vorgibt, wie viel Milch produziert werden darf, damit nicht zu große Übermengen entstehen, sei europaweit nicht mehr voll erfüllt, erklärte Hans Stöcker von der Landesvereinigung der Milchwirtschaft e.V.. Die EU-Kommission habe die Quote nach oben gesetzt, und nun habe diese keine steuernde

Funktion mehr. Mit der Wirtschaftskrise seien zudem die Exporte weggebrochen. Es gebe schlicht zu viel Milch. Das sei das Grundproblem und die Ursache der Niedrigpreise. Bernd Schmitz von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. kritisierte, selbst wenn er selbst weniger Milch produziere, könne ein anderer Landwirt dafür mehr produzieren. Das erlaube die in Deutschland gänzlich offene Saldierungsregelung. Er sprach sich daher dafür aus, diese Kompensationsmöglichkeit abzuschaffen. Auch Gerhard Heinze vom wirtschaftlichen Verband Milch Board und Elmar Hannen, der für den Bundesverband Deut-

scher Milchviehhalter sprach, sahen in der Saldierung, die in Nachbarländern weniger liberal sei, das Problem.

Dem widersprach Steinmann. Es gebe kein Mengen-, sondern ein Absatzproblem. Um den Absatz der Milch zu steigern, seien politische Maßnahmen nötig. So kämpfe die Branche etwa damit, dass statt Milchfett ersatzweise Pflanzfett verwendet werde, um Lebensmittel billiger zu machen. Die Politik sah er in der Verantwortung, für solche Fälle eine klare Kennzeichnungspflicht einzuführen. Bernhard Burdick von der Verbraucherzentrale NRW ergänzte, viele Verbraucherinnen und Verbraucher seien bereit, mehr für ein Produkt zu bezahlen, wenn ihnen Herkunft, Qualität bei der Herstellung oder die Art der Tierhaltung ersichtlich seien. Der Verbraucherschützer forderte wie einige andere Experten zudem eine Mengenbegrenzung für Milch. Heinze problematisierte außerdem die subventionierten Milchexporte in Länder außerhalb der EU. Man werfe hochverbilligte Lebensmittel dort auf den Markt – mit der Folge, dass die dort heimischen Erzeuger nicht bestehen könnten.

IMAGEPFLEGE

Auch Stöcker vertrat die Ansicht, den Absatz von Milch könne man über Imagepflege, günstige Preise und Gesundheitsaufklärung fördern. Das Landesprogramm Schulmilch etwa lasse schon jetzt erkennen, dass mehr Milch verbraucht werde.

Rainer Gallus vom Einzelhandelsverband NRW meinte, das Prinzip von Angebot und Nachfrage bestimme den Milchpreis. Eingriffen in die Menge der Milchproduktion stehe er kritisch gegenüber. Hannen brachte eine Alternative ins Spiel, auch wenn diese ein mutiges Projekt sei. Die Erzeuger könnten, wenn sie wollten, eine „freiwillige Mengenstilllegung“ versuchen und nur 90 Prozent der Milchquote ausschöpfen, erklärte er. Dies könne aber nur gelingen, wenn erstens niemand sonst die restlichen zehn Prozent übernehmen dürfe und zweitens die Betriebe, die auf maximale Mengen verzichteten, 2 Cent mehr pro Liter bekämen als andere.

Thema waren auch die Liquiditätshilfen, mit denen die Landesregierung der Branche in der schwierigen Zeit helfe und Kredite um 2 Prozent verbillige. Sinn machten diese nur, wenn man damit eine bestimmte Zeit überbrücke und wieder Land sehe, fand Heine, „aber Sie überbrücken in einen luftleeren Raum“. Hannen wünschte sich abschließend mehr Wertschätzung für Lebensmittel. Auch in dieser Hinsicht müsse die Politik tätig werden. sow

Porträt: Wolfgang Röken (SPD)



„Als ich 1995 mit 52 Jahren mein Landtagsmandat angetreten bin, habe ich gesagt: Ich werde die Welt nicht verändern und nicht den Düsseldorfer Himmel stürmen. Ich werde aber an den kleinen Dingen drehen.“

Auch fast anderthalb Jahrzehnte später ist Wolfgang Röken noch immer sehr präzise präsent, mit welchen Gedanken er seinerzeit den Wechsel von der Kommunal- in die Landespolitik vollzogen hat. Nun stehen ein solch offenes Bekenntnis zu Bescheidenheit sowie die Einsicht in die Begrenztheit persönlichen Einflusses und politischen Handelns prinzipiell jedem Menschen gut zu Gesicht. Doch bei allem Understatement ist es ebenso so richtig festzuhalten, dass der Gladbecker Sozialdemokrat bereits in seinem kommunalen Politikerleben eine durchaus respektable Erfolgsbilanz aufzuweisen hat. „Richtig gepackt worden durch die Politik bin ich eigentlich durch den Kampf um die Selbstständigkeit Gladbecks“;

erinnert sich Röken an seine politischen Anfänge zurück. Die liegen darin, dass Röken es sich zugeute schreiben lassen darf, als einer der Akteure Mitte der 70-Jahre GlaBotKi und GlaGelsKi mit verhindert und maßgeblich den Weg für die Eingliederung seiner Heimatstadt Gladbeck in den Kreis Recklinghausen geebnet hat. Inzwischen sind diese beiden Kunstwörter, die für die ungeliebte Zusammenlegung der Städte Gladbeck, Bottrop und Kirchhellen bzw. später Gladbeck, Gelsenkirchen und Kirchhellen stehen, zwar längst auf dem Müllhaufen der Landesgeschichte gelandet. Wer jedoch die harten politischen und juristischen Auseinandersetzungen in NRW erlebt hat, erinnert sich genau, welche gewaltigen Emotionen dieses Thema damals freigesetzt hat und Wanne-Eickeler und Wattenscheider noch heute in Wallung bringt. Bei seinem Parteieintritt 1970 hatte der nach dem frühen Tod des Vaters in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsene Röken sein Lehramtsstudium abgeschlossen und seine erste Stelle angetreten. Diese Reihenfolge hatte er bewusst eingehalten: „Vom Kreißsaal über den Hörsaal in den Plenarsaal war mir von jeher ein Greuel“, sagt Röken: „Ein Politiker muss einen handfesten Beruf haben und nicht auf Politik angewiesen sein.“

Dass die kommunalpolitischen Turbulenzen Röken bereits 1976 mit 33 Jahren ins Gladbecker Oberbürgermeisteramt brachten, war weniger einer groß angelegten Strategie geschuldet. Nachdem die Groß-Bottroper Träume am Nikolaus-Tag 1975 vor dem Verfassungsgericht platzten, lag es auf der Hand, den jungen SPD-Vorsitzenden auch zum Ersten Bürger der Stadt zu wählen.

Nicht die Bildungspolitik („Im Schulausschuss sitzen genug Lehrerinnen und Lehrer“),

sondern Stadtentwicklung und Verkehr bildeten fortan bis zum heutigen Tag die politischen Schwerpunkte Rökens, der in diesem Fachausschuss den Vorsitz inne hat. Sein Bürgermeisteramt verlor er 1994 durch eine der ersten schwarz-grünen Koalitionen. Er war beteiligt an der Gründung des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr 1980, brachte das Ticket 2000 und das Semesterticket mit auf den Weg und sorgte als passionierter Radfahrer dafür, dass Gladbeck zu den Gründungskommunen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte gehörte. Auch das Kulturzentrum – Jugendzentrum, Stadtbücherei, Stadthalle –, das Bürgerhaus und das Schulzentrum Brauck fallen in seine Gladbecker Zeit. Stolz ist Röken auch auf die von ihm auf den Weg gebrachten neuen Städtepartnerschaften mit Wodzislaw Slaski (ehemals Loslau) in Polen (1990) und Alanya in der Türkei (1993) als Ausdruck fortschreitender Integrationsbemühungen. Konsequenterweise stieß der begeisterte Jazz-Fan in der letzten Legislaturperiode im Landtag auch die deutsch-türkische Parlamentariergruppe an.

Dass bei dem großen Engagement der private Freiraum nicht allzu zu kurz kommt, ist dem zweifachen Familienvater und Großvater einer Enkeltochter gleichwohl sehr wichtig: „Den Sommerurlaub verbringen wir immer mit der ganzen Großfamilie. Jeder muss ein solches Refugium haben.“

Von Politikmüdigkeit will Röken trotz des inzwischen erreichten kalendarischen Rentenalters nichts wissen: „Ich bin fit und es macht mir im Landtag nach wie vor richtig Spaß, zumal im Bereich Bauen und Verkehr auch noch einiges für Dorsten und Gladbeck zu erledigen ist: A 52, Stadttumbau West, Soziale Stadt. Deshalb habe ich auch meine Bereitschaft signalisiert, 2010 noch einmal antreten zu wollen“, ist Röken mit Hinweis auf seine Erfahrung, Kompetenz und Reputation zuversichtlich. *Michael Fritsch*

Spannung, Spiel und Spaß

20. Oktober 2009 – Politik spielerisch erfahren konnten junge Gäste beim Weltkindertag im Landesparlament. Auf einer Pressekonferenz erprobten sie sich als Nachwuchsreporter für das Zeus-Projekt („Zeitung und Schule“). Landtagspräsidentin Regina van Dinther (Mitte) beantwortete ihre Fragen zum politischen Alltag. Über 4.000 Besucherinnen und Besucher zählte das Parlament zum Weltkindertag. Planspiele im Plenarsaal sowie Bastel- und Mal-Aktionen sorgten für Unterhaltung bei Groß und Klein. Auch vor dem Landtag ging es hoch her: Auf der Düsseldorfer Rheinuferpromenade lockte ein ganztägiges Spaßprogramm.



Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtsstagsliste

Vom 7. Oktober bis 3. November 2009

9.10. Gatter, Stephan (SPD)	54
10.10. Groth, Ewald (Grüne)	56
11.10. Gießelmann, Helga (SPD)	60
11.10. Prof. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)	52
12.10. Dr. Behrens, Fritz (SPD)	61
13.10. Knieps, Franz-Josef (CDU)	67
13.10. Schmitz, Wolfgang (CDU)	61
23.10. Schemmer, Bernhard (CDU)	59
24.10. Sendker, Reinhold (CDU)	57
25.10. Gödecke, Carina (SPD)	51
30.10. Ellinghaus, Horst (CDU)	61
3.11. Kramer, Hubertus (SPD)	50

Ehemalige Abgeordnete*

8.10. Hemker, Reinhold (SPD)	65
11.10. Rosorius, Jürgen (CDU)	65
13.10. Degen, Manfred (SPD)	70
14.10. Mernizka, Loke (SPD)	70
16.10. Drecker, Roswitha (CDU)	70

* besondere Geburtstage ab 65

Wechsel nach Berlin

Sechs Abgeordnete aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen haben nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 ein Mandat für den 17. Deutschen Bundestag erhalten. Von Düsseldorf nach Berlin wechseln **Rudolf Henke** (CDU), **Thomas Jarzombek** (CDU), **Volkmar Klein** (CDU), **Reinhold Sendker** (CDU), **Michael Groschek** (SPD) und **Christian Lindner** (FDP).

Termine

7. bis 26. Oktober: **Ausstellung** 90 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

8. Oktober, 9 Uhr: **Ökumenische Andacht** im Raum E 3 Z 03

11., 18. und 25. Oktober: **Besuchersonntage**, jeweils von 11 bis 16 Uhr

27. Oktober bis 6. November: **Ausstellung** Gedankensprünge – Geschichte des Hochschulsports in Deutschland

28. Oktober: **Weiterbildungskonferenz** des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Landtag Intern erscheint wieder zum nächsten Plenum am 4. November 2009.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Faszination Fernost

Von der Vielfalt chinesischer Kultur ließen sich über 700 Gäste beim Parlamentarischen Abend Anfang Oktober im Landtag bezaubern. Landtagspräsidentin Regina van Dinter und der Vizepräsident des Parlaments der Provinz Sichuan, Han Zhongxin, begrüßten gemeinsam die Gäste im Parlamentsgebäude, darunter auch eine Delegation der Provinz Jiangsu. Die kulturelle Freundschaft und die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und China standen im Mittelpunkt der Begegnung. So diskutierte Fritz Behrens, Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe im Landtag, mit zahlreichen Gesprächspartnern über den wirtschaftspolitischen Dialog beider Länder. Bereits seit mehr als 25 Jahren bestehen enge Beziehungen Nordrhein-Westfalens zum asiatischen Riesen mit über 1,3 Milliarden Menschen. Diese Kontakte, so waren sich alle Gäste einig, gelte es weiter zu vertiefen. Ein faszinierendes Bühnenprogramm rundete den Parlamentarischen Abend im Düsseldorfer Landesparlament ab. Chinesische Artisten zeigten ebenso waghalsige wie grazile Akrobatik. Und ein Buffett mit chinesischen Spezialitäten sorgte dafür, dass die Gäste Asien mit allen Sinnen entdecken konnten.

Fotos: Schälte